

CDU-Landtagsfraktion schlägt Alarm:

SPD-Politik gefährdet Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft

Qualität der Standortfaktoren nimmt weiter ab

Eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik der SPD-Landesregierung ist nicht länger zu verantworten, denn Nordrhein-Westfalen steht vor neuen Herausforderungen und nicht bewältigten Strukturproblemen in einigen Bereichen. Diese Zwischenbilanz zieht der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Laurenz Meyer, in einem 26seitigen Grundsatzpapier über die „Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes NRW“. Wenn das Land gegenüber der Konkurrenz nicht weiter zurückfallen wolle, und diese Gefahr bestehe wegen des europäischen Binnenmarktes, dann müsse ein radikaler Kurswechsel erfolgen.

Die Zeichen seien alarmierend: Der Nachfrageboom von 1991 sei abgeklungen, die Inlandsnachfrage könne kaum noch die schwache Auslandskonjunktur kompensieren, die Zahl der Arbeitslosen steige.

Meyer: „NRW verliert gegenüber anderen Flächenländern immer mehr an Boden und hat den Umstrukturierungsprozeß bisher nicht geschafft.“

Von 1980 bis 1991 betrug der Wachstumsrückstand 8,6 Prozent. Das sind allein für dieses Jahr 5,4 Mrd. DM weniger an Steuereinnahmen.“

Entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg aller Wirtschaftspolitik ist die Qualität der Standortfaktoren. „Sie werden für NRW zunehmend zum Problem“, sagte Meyer.

Beispiel Steuern:

Der durchschnittliche Gewerbesteuersatz in NRW ist mit 393 Punkten höher als in jedem anderen Bundesland. „Die Landesregierung Rau ist mit ihren ständigen Verschlechterungen für die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz in erheblichem Umfang Auslöser dieser Steuererhöhungen.“ Eine weitere Anhebung der Hebesätze durch die Städte und Gemein-

den ist nicht mehr vertretbar. Im Gegenteil, die hohe Gesamtsteuerbelastung muß gesenkt werden.

Beispiel Umweltschutz und Entsorgung:

Zunehmend in die Kritik gerät u. a. die hohe Regelungsdichte mit ca. 4000 Vorschriften im Umweltbereich. „Die Übersichtlichkeit und Anwendbarkeit all dieser Regelungen ist besonders für Klein- und Mittelbetriebe ohne intensiven Personal- und hohen Zeitaufwand nicht mehr gewährleistet.“ Ein weiterer Kritikpunkt ist die allgemeine Höhe der Gebühren in den NRW-Kommunen mit z. T. erheblichen Unterschieden etwa im Entsorgungsbereich. Eine gesicherte und geordnete Entsorgung, derzeit allein schon wegen fehlender Deponierungs- und Verbrennungsanlagen nicht mehr gegeben, sei aber ein wichtiges Kriterium für eine Standortentscheidung, für die Sicherung alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gemeinden, die ihren gesetzlichen Verpflichtungen im Entsorgungsbereich nicht nachkommen, sollten, so Meyer, bei den Landeszuweisungen mit einem Malus

belegt werden. Umgekehrt sollten Gemeinden, die regionale Aufgaben übernehmen, zusätzliche Finanzmittel erhalten. Ferner müsse die Regelungsdichte zugunsten einer verstärkten Selbstverantwortung der Unternehmen geändert werden.

Beispiel Genehmigungsverfahren:

Lang ist der Weg durch die bürokratischen Instanzen, bis ein Projekt geprüft und genehmigt ist. Das verzögert oder verhindert notwendige Investitionen. Eine Verwaltungsebene zwischen Kommune und Land sollte abgeschafft werden, so Meyer. Aber in NRW lähmt nicht nur eine Unzahl von Vorschriften neue Projekte, sondern auch eine unzureichende qualitative Ausstattung und Organisation vieler Behörden. Städte und Gemeinden in NRW benötigten kürzere Planungs- und Genehmigungszeiten, schreibt Meyer. Ein normaler Bauantrag z. B. für einen Gewerbebetrieb sollte als genehmigt gelten, wenn er nicht binnen 6 Monaten begründet abgelehnt ist. Bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung könne sich die Frist auf 12 Monate verdoppeln. Darüber hinaus sei die Entscheidungskompetenz von einer Vielzahl von Behörden auf eine einzige zu reduzieren.

Beispiel Industrie- und Gewerbeflächen:

Vor allem in den Ballungszentren des Ruhrgebiets können die Wirtschaftsförderer kaum noch Flächen für neue Unternehmen anbieten. Laut dem Bonner Institut für Mittelstandsforschung scheitern im produzierenden Gewerbe bis zu 30% aller Ansiedlungs- und Erweiterungswünsche an fehlenden Grundstücken. Was noch zur Verfügung steht, ist aufgrund der hohen Grundstückspreise für einen mittelständischen Betrieb kaum bezahlbar. Verschärft wird der Flächennotstand durch die Notwendigkeit, für die im Montanbereich

wegfallenden Stellen Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig aber bleiben ungezählte Hektar Land ungenutzt, weil in ihrem Boden Altlasten vermutet werden. Oder falls eine Verdachtsfläche aufbereitet ist, scheuen trotzdem viele Investoren das Risiko eines Kaufs. Sie befürchten härtere Umweltauflagen oder die Entdeckung neuer Schadstoffe. Meyers Forderungen:

1. Die Sanierung von Industriebrachen ist unter Beachtung des Verursacherprinzips, aber auch mit Blick auf die spätere Nutzung zu forcieren, wobei eine spätere Umweltgefährdung ausgeschlossen sein muß.
2. Erweist sich eine vollständige Aufbereitung finanziell als zu aufwendig, sollte sie ökologisch verträglich in eine Grünfläche umgewandelt werden.
3. Zur Absicherung künftiger Risiken für den Käufer müsse das Land eine Bürgschaft übernehmen.

Beispiel beruflicher Qualifizierung:

Will sich der Wirtschaftsstandort NRW behaupten, muß die wichtigste Ressource des Landes, das Qualifikationsniveau der Fach- und Führungskräfte, im weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Doch die Ausbildung hat an Reputation eingebüßt, der Schulunterricht an Anspruch verloren, die Fach- und Hochschulen melden überlange Studienzeiten. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die insgesamt schlechten Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen mit 403 000 Studenten (gegenüber 1991 plus 42 Prozent) bei nur 198 000 Studienplätzen (gegenüber 1981 gerade einmal plus 7,4 Prozent). Das wissenschaftliche Personal wurde in diesem Zeitraum gar um 2,5 Prozent reduziert. Zudem macht der Wirtschaft die schrumpfende Zahl von Lehrlingen zu schaffen; zahlreiche Stellen bleiben unbesetzt, seit Jahren melden viele Branchen einen akuten Mangel an qualifizierten Facharbeitern. Der CDU-Landtagsabgeordnete fordert ein Umdenken in der

Schulpolitik. Berufliche Bildung müsse attraktiver und anspruchsvoller werden, ihr Prestige ist gegenüber Abitur und Hochschule zu erhöhen, Aufstiegsmöglichkeiten sind für begabte und qualifizierte Absolventen beruflicher Bildungsgänge nachhaltig zu verbessern.

Beispiel Verkehrsinfrastruktur:

Längst haben der seit Jahren rapide zunehmende Kfz-Bestand und die Zuwächse beim Güterverkehr die Kapazitäten unseres Straßennetzes ausgeschöpft. NRW weist nur halb soviel Straßenkilometer/Einwohner auf wie Bayern. Dementsprechend langsam kommen die Fahrzeuge voran. Meyer schätzt den volkswirtschaftlichen Schaden aufgrund der Staus in der Bundesrepublik auf über 200 Mrd. DM.

2,8 Milliarden DM nimmt NRW an der Kfz-Steuer ein, doch im kommenden Jahr will es nur einen Bruchteil (rd. 600 Millionen DM) in den Ausbau der Landes- und Kommunalstraßen investieren. Kreise und Gemeinden erhalten für die Unterhaltung des Straßennetzes überhaupt kein Geld mehr. Meyer: Priorität in den nächsten Jahren muß die Beseitigung der Engpässe bei den Ost-West-Verbindungen haben (Ausbau von A 2, A 4 und A 44). Zugleich sei in NRW ein Netz von Güterverkehrszentren und -verteilzentren aufzubauen, die Luft-, Wasser-, Schienen- und Straßen-güterverkehr miteinander verknüpfen. Zu guter Letzt müsse das Luftverkehrskonzept wegen der langen Planungs- und Genehmigungszeiten schleunigst in Angriff genommen werden. ■

Neue Ministeraffäre in Düsseldorf?

Auch im Fall Brunn mehr Fragen als Antworten

Düsseldorf meldet für 1992 seine nächste Ministeraffäre. Was mit Matthiesen (Umwelt) begann, sich über Schleußer (Finanzen) und Heine-mann (Soziales) im Sommer fortsetzte, mündet nun zum Jahresende in den Fall Anke Brunn (Wissenschaft).

„Herr Brunn darf aus seinem Namen keinen Nachteil erfahren, aber auch keinen Vorteil“, verlangte der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Horst Posdorf, einen Tag nach Bekanntwerden des Falls. Er fordert eine lückenlose Aufklärung über die Umstände, warum das Wissenschaftsministerium die Mitfinanzierung einer Professur von Gerhard Brunn, Ehemann der

zuständigen sozialdemokratischen Ministerin, in Siegen übernahm. Der WDR hatte in „Westpol“ erstmals über Unge-reimtheiten in Zusammenhang mit dieser Berufung berichtet. Eine Woche später standen der Rektor der Uni Siegen, Prof. Sturm, sowie Anke Brunn im Fachaus-schuß des Landtages den Abgeordneten Rede und Antwort. Auf der anschließenden Pressekonferenz faßte Prof. Posdorf seine Eindrücke zusammen: „Es haben sich in der zweieinhalbstündigen Befragung mehr Fragen aufgetan als beantwortet wurden.“

Darum geht es en detail: Die Universität Siegen bewarb sich 1989 bei der EG um eine auf drei Jahre befristete Jean-Mon-

net-Professur. Zusätzlich zu den Bewerbungsunterlagen mußte der Name eines möglichen Dozenten eingereicht werden. Der für die Bewerbung verantwortliche Prof. Reuleke gab den Historiker Gerhard Brunn an, mit dem er schon seit Jahren zusammenarbeitet. Anfang März 1990 dann beantragte die Hochschule beim Land NRW die Einrichtung der Professur und eine Mitfinanzierung der Stelle, da das Geld aus Brüssel für die Gehälter des Professors, seines Mitarbeiters und der Sekretärin nicht ausreichte. Auf das Land würden für drei Jahre 20 Prozent der Personalkosten und ab 1994 für weitere vier Jahre die Anschlußfinanzierung zukommen, die die EG für die Vergabe einer Monnet-Stelle zur Bedingung macht. Das Placet aus Düsseldorf erfolgte denn auch, im Sommer 1992 schrieb die Universität die Stelle aus, und aus den 26 Bewerbern setzte die Berufungskommission unter Vorsitz von Prof. Reuleke nach Sichtung der Unterlagen und Gastvorlesungen einiger Kandidaten Gerhard Brunn, einen seit 13 Jahren habilitierten Historiker, aber noch ohne ordentliche Professur, auf Platz eins.

So weit, so gut. Doch es taten sich einige Ungereimtheiten auf. Da ist z. B. ein Fax des Kanzlers der Hochschule vom 20. 7. 1990 an das Wissenschaftsministerium, in dem er ein Telefonat zwischen Anke Brunn und Rektor Sturm von Altweiber so zusammenfaßt: „Frau Ministerin hat... erklärt, daß sich die Hochschule keine Gedanken zu machen brauche, sie würde für die Sicherstellung der Finanzierung sorgen.“ Während nun im Landtag Rektor Sturm generell ein solches Gesprächsthema dementierte, räumte

Anke Brunn ein, über das Thema Finanzierung gesprochen zu haben. Ein nicht geklärter Widerspruch. Was zudem verwundert: Ist es wirklich glaubhaft, daß die Hochschule dem Ministerium per Fax dessen eigene Finanzierungszusage mitteilt, oder ist der normale Weg nicht eher umgekehrt? Und kann es wirklich sein, daß dieses Fax in den Unterlagen des Ministeriums verstaubt, ohne daß es — es geht ja um den Mann der Ministerin — hochgestellten Beamten vorgelegt wird? Offiziell ans Tageslicht kam es erst kurz vor der Westpol-Sendung.

Auch die Frage, warum das Ministerium die von Siegen beantragte C3-Professur plötzlich selbständig in eine C4-Stelle mit entsprechend höherer monatlicher Dotation in vierstelliger Höhe umwandelte, bleibt ungeklärt. Angeblich hatten sich die Abteilungsleiter in trauter Runde für die Höhergruppierung ausgesprochen, um den Inhaber möglichst lange in Siegen zu halten. Diese ungewöhnliche Großzügigkeit veranlaßte CDU-Sprecher Prof. Posdorf zu der süffisanten Zusammenfassung: „Die Hochschule hat etwas bekommen, was sie nie beantragt, aber immer gewollt hat.“

Dann: Wieso war die Siegener Professur plötzlich förderungswürdig, nachdem noch am 22. 3. 1990 ein Mitarbeiter des Ministeriums schriftlich seine Zweifel an einer Monnet-Professur geäußert hatte? Einige Monate später gar sprach sich ein Referat gegen den Hochschul Antrag aus. Vergeblich, wie sich später zeigen sollte. Die Jean-Monnet-Professur mit dem Dozenten Gerhard Brunn erschien förderungswürdig, übrigens als einzige von acht derartigen Professuren im Land...